

Inhaltsverzeichnis

RFW gedenkt Dr. Jörg Haider	Seite 2
BO Amann: AK-Studio zur Mitarbeiterwertschöpfung ist grober Unfug!	Seite 3
BO Amann: "Grüne bestätigen wöchentlich Vakuum an Wirtschaftskompetenz	Seite 3
BO Amann verlangt von den Verhandlern der Herbstlohnrunde innovative Lohnfindung	Seite 4
VP Krenn: Prognostiziertes Wirtschaftswachstum 2009 lässt Alarmglocken läuten!	Seite 4
VP Krenn: RFW fordert Steuerreform schon 2009	Seite 5
RFW-NÖ: Wirtschaftskammer nicht Privateigentum des Wirtschaftsbundes!.....	Seite 5
RFW-OÖ: Ungehindert geht die Flut an neuen Gesetzen und Verordnungen weiter	Seite 6
RFW-Salzburg: Industrieschließungen zeigen dringenden Handlungsbedarf im Arbeits- und Sozialrecht	Seite 6
RFW-Steiermark: Neue Regierung muss KMUs entlasten	Seite 7
RFW-Messeempfang anlässlich der Grazer Herbstmesse	Seite 7
RFW-Tirol: RFW-Tirol will die KMUs und die Familienbetriebe zukünftig entlastet wissen!.....	Seite 8
Personelles: Verleihung Kommerzialrat an Ulf Schmid	Seite 8
Terminavisos: Landestag des RFW-Tirol	Seite 8
Rückblick: Halbmarathon "Kärnten läuft"	Seite 8
RFW-Vorarlberg: Wohnen muss leistbar bleiben	Seite 9
RFW-Wien: Einlagensicherung auch für Unternehmer nachbessern.....	Seite 9

Termine Wirtschaftsparlamente:

Mittwoch, 19. November 2008	Tirol
Donnerstag, 20. November 2008	Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Vorarlberg
Dienstag, 25. November 2008	Burgenland, Kärnten, Salzburg
Donnerstag, 27. November 2008	WKÖ
Mittwoch, 3. Dezember 2008	Wien



RFW gedenkt Dr. Jörg Haider**BO Amann: Österreich hat seinen prägendsten Politiker verloren!****VP Matthias Krenn: Österreich verliert einen Ausnahmepolitiker - wir alle einen Freund und Mitstreiter!**

Völlig schockiert mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass LH Dr. Jörg Haider durch einen tragischen Verkehrsunfall von uns gegangen ist. Dr. Jörg Haider hat, wie kein anderer Politiker zuvor, mit seinen Ideen und Visionen das Land geprägt. Ihm ist es gelungen, den einzementierten Zweiparteienstaat aufzubrechen und Österreich für gelebte Demokratie und die Menschen zu öffnen. Österreich, aber auch der RFW, verliert einen begnadeten Politiker, der alles unternommen hat, um das Land weiter zu bringen, den erworbenen Wohlstand zu erhalten und damit den sozialen Frieden zu sichern.

Uns vom RFW wird vor allem das gemeinsam erarbeitete Thema der Flat-Tax als sozial gerechte Steuer in Erinnerung bleiben. Die Idee der fairen linearen Einkommensbesteuerung werden wir als politisches Erbe im Sinne von Dr. Jörg Haider weiterführen.

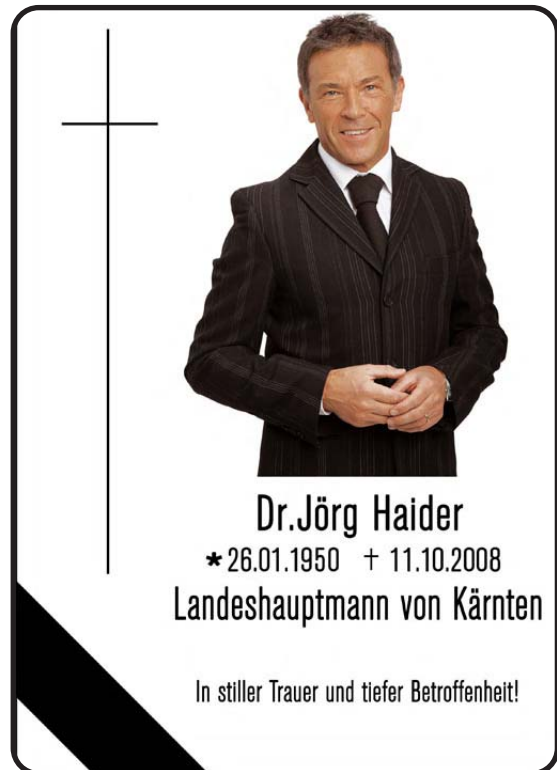
Wir werden Dr. Jörg Haider in Ehren halten und auch bei seinem politischen Vermächtnis, der Wiedererstarkeung des 3. Lagers, mit all unserer Kraft mitwirken. Wir verlieren einen bedeutenden und wertvollen Menschen und das macht uns an diesem Tag tief betroffen.

Tief betroffen über den Unfalltod Jörg Haiders zeigte sich auch Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Landesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) Kärnten und Bürgermeister von Bad Kleinkirchheim: "Mein tiefes Mitgefühl gilt in diesen Stunden seiner Familie, der er ein fürsorglicher, liebevoller Ehemann und Vater war", sagte Krenn in einer ersten Reaktion.

"Mit ihm verliert aber auch Kärnten den beliebtesten und erfolgreichsten Landesvater der Geschichte, Österreich einen Ausnahmepolitiker, der die politische Landschaft in den letzten Jahrzehnten massiv geprägt hat, und ich persönlich einen Freund und Mitstreiter der ersten Stunde", so Krenn.

Für Krenn war Jörg Haider Ausnahmepolitiker und Wirtschaftsprofi zugleich. Haider machte, laut Matthias Krenn, mit unkonventionellen Ideen auf die wirtschaftlichen Missstände im Lande aufmerksam: "Er hat sich für die Leistungsträger eingesetzt und sorgte für hervorragende politische Ansätze im Bereich der Wirtschaft, ohne auf die sozialen Standards zu vergessen.

Auch in seiner Funktion als Bürgermeister hat Krenn in den vergangenen Jahren sehr oft mit Jörg Haider konstruktiv zusammengearbeitet: "Er hat mich, wo es nur ging, unterstützt, unseren Ort in allen Belangen gefördert und ist hinter all meinen Entscheidungen gestan-



den. Ich kann nicht fassen, dass ein so großartiger Mensch nicht mehr ist."

Ehrenobmann LO KommR Helmut Haigermoser: "Wie alle großen Persönlichkeiten hat der Politiker Jörg Haider Meinungsunterschiede hervorgerufen, doch das Ganze stets im Auge gehabt. Dies zeichnet ihn aus. Der langjährige FPÖ-Obmann und BZÖ-Gründer hat den freiheitlichen Menschen immer wieder neue Hoffnung gegeben und ihre Weltanschauung, die tief verwurzelt ist, mit neuer Hoffnung erfüllt.

LO KommR Detlev Neudeck: "Wir werden uns als Vertretung der mittelständischen Wirtschaft, die ja Jörg Haider immer ein besonderes Anliegen war, bemühen, seine Ideen und Visionen weiter zu verfolgen und ihm damit stets ein ehrendes Gedenken bewahren", schloß Neudeck.

Unser tiefes Mitgefühl gilt vor allem seiner Familie, allen voran seiner Mutter, die ihren 90. Geburtstag feierte, sowie seiner Frau Claudia und den beiden Töchtern. Sie verlieren viel zu früh ihren Sohn, Mann und Vater.

Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann
und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn
namens des gesamten RFW-Bundesvorstandes

BO Amann: AK-Studio zur Mitarbeiterwertschöpfung ist grober Unfug!**Utl.: Unseriöse Vorgangsweise der AK zeigt, dass Lohnverhandlungen in die Betriebe verlegt werden müssen!**

Für den RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, strotzt die AK-Studie zur Mitarbeiterwertschöpfung nur so von Ungereimtheiten.

Amann dazu: „Angesichts der Fakten, dass 60 Prozent der KMUs in ihrer Existenz bedroht sind und 30 Prozent über kein Eigenkapital verfügen, ist die Studie sehr zu hinterfragen. Man wird den Verdacht nicht los, dass es sich dabei um eine Auftragsarbeit der AK handelt, die gezielt Betriebe mit niedrigen Personalanteilen und dafür hoher Wertschöpfung ausgesucht hat.“

Ein hoher Grad an Automatisierung bedeutet immer eine geringe Lohntangente und daher auch eine höhere Wertschöpfung pro Mitarbeiter. Das gilt in der erfolgreichen Industrie, nicht aber für die KMUs mit ihrem hohen Personalkostenanteil. Daher ist es auch unseriös, aus dieser Studie einen großen Spielraum für die kommenden Lohnverhandlungen abzuleiten.“

Diese fragwürdige Vorgangsweise der AK macht deutlich, dass der Zeit der flächendeckenden Kollektivverträge endlich ein Ende bereitet werden muss. Nur im

Unternehmen selbst kann man aufgrund der internen Betriebszahlen betriebswirtschaftlich verträgliche Lohnanpassungen vornehmen. Nicht die Erfolge einer Branche, sondern das eigene Betriebsergebnis muss ausschlaggebend sein für die künftige Lohngestaltung, nur das hat die Studie der AK eigentlich deutlich gemacht.



Nicht jeder hat den notwendigen Spielraum für überdurchschnittliche Erhöhungen. Wer ihn hat, der soll und muss ihn nutzen. Den Rest kann man aber nicht unter eine Generalverpflichtung stellen und daher soll sich die AK aus den Lohnverhandlungen zurückziehen, denn wer unseriös mit Zahlen zu seinen Gunsten jongliert, hat jegliche Legitimität verloren, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 14.10.2008

BO Amann: „Grüne bestätigen wöchentlich Vakuum an Wirtschaftskompetenz“**Utl.: Verhinderungspolitik hat mit Konjunkturbelebung nichts zu tun!**

Für den RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, kommt die jüngste Forderung der Grünen nach einem Konjunkturpaket einer Bankrott-Erklärung gleich: „Rauch & Co, die Paradeverhinderer jeglicher Entwicklung in unserem Land, dürfen das Wort Konjunkturbelebung als Letzte in den Mund nehmen, denn diese Partei hat die Menschen und deren Arbeitsplätze schon längst weit hinter sich gelassen. Die Grünen bestätigen wöchentlich ihr Vakuum an Wirtschaftskompetenz.“

Für Amann ist es eine Unverfrorenheit sondergleichen, wenn die Grünen jetzt ein Konjunkturpaket fordern: „Jedes Infrastrukturprojekt, jede Betriebserweiterung, jeder touristische Impuls wird von den Grünen von Beginn an bekämpft und torpediert. Während man am Vormittag - wie im Falle der Schiverbindung Mellau/Damüls - noch lautstark eine Qualitätsverbesserung im Tourismus verhindern will, plustert man sich am Nachmittag via Pressemeldung auf und verlangt das Schnüren eines Konjunkturpaketes!“

Prioritären Charakter in Zeiten einer drohenden Rezession hat für den RFW-Bundesobmann weiterhin eine rasche Lohnsteuersenkung: „Wir müssen so schnell wie

möglich dafür sorgen, dass wieder Kaufkraft in die teuerungsgbeutelten Haushalte kommt. Sanierungsoffensiven, wie z.B. im Althausbereich, machen erst Sinn, wenn sie auch von den Hausbesitzern finanziert werden können. Aber diese Realität wird von den Grünen konsequent ignoriert.“



Amann erwartet sich von den vermeintlich Intellektuellen in den Reihen der Grünen zumindest das Beherrschen der Theorie, wenn schon die Praxis konstant ignoriert wird: „Man sollte wenigstens eins und eins zusammen zählen können. Aber wer - wie ein Großteil der Grünen Politikerriege - im geschützten Bereich sein Brot verdient, kann sich nur schwer vorstellen, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung immer weniger über einen sicheren Arbeitsplatz und schon gar nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügt. Man kann daher nicht einen Euro verdienen und zwei Euro ausgeben.“

OTS-Meldung, 14.10.2008

BO Amann verlangt von den Verhandlern der Herbstlohnrunde innovative Lohnfindung!

Utl.: RFW-Vorschlag: Einmalzahlung statt Lohnerhöhung steuerfrei und aliquot aufgeteilt!

BO KommR Ing. Fritz Amann verlangt von den Kollektivvertragsverhandlern neue Wege in der Lohnfindung. Solange die kalte Progression nicht beseitigt ist, profitieren von prozentuellen Lohnerhöhungen nur der Finanzminister, die Sozialtöpfe sowie die Kammern.

Amann dazu: „ Die Konjunktorentwicklung lässt, wenn man kaufmännisch sorgfältig in die Zukunft blickt und budgetiert, aus Sicht der Betriebe keine großen Sprünge zu. Wichtig ist uns aber die Steigerung der Kaufkraft der Konsumenten, damit die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Daher wollen wir den Arbeitnehmern ihren Anteil am Unternehmenserfolg nicht vorenthalten. Dieser aber soll netto in die Geldtasche der Erwerbstätigen fließen.“

Amann fordert daher die Sozialpartner auf, in den kommenden Lohnverhandlungen auf eine prozentuelle Erhöhung zu verzichten, da aufgrund der kalten Progression nicht der erwünschte Effekt in Richtung Erhöhung der Kaufkraft erzielt werden kann. Bis zur Beseitigung der Steuerungerechtigkeiten stelle er sich eine Einmalzahlung von einem halben Monatslohn vor,

der steuer- und abgabefrei aliquot zur Auszahlung kommen soll. Das entspricht einer effektiven Lohnerhöhung von 4,17 Prozent, die ohne Abzug den Erwerbstätigen zu Gute kommen soll und sich die Wirtschaft auch leisten kann.“



Nachdem sich Arbeitgeberverhandler Hinteregger von diesem innovativen Lohnfindungsmodell bereits begeistert gezeigt hat, appelliere er, Amann, an die Vernunft der Gewerkschaft, dass auch sie dem RFW-Modell folgen. Es sollte auch in ihrem Interesse sein, dass diesmal die Lohnempfänger die großen Gewinner der Lohnrunde sind. Wichtig ist nämlich, dass nicht die Wirtschaft überfordert wird, denn diese muss auf die negativen Entwicklungen in Sachen Wirtschaftswachstum rasch reagieren - und das ohne Lohndruck, so der RFW-Bundesobmann, KommR Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 24. 9.2008

Prognostiziertes Wirtschaftswachstum 2009 lässt Alarmglocken läuten!

Utl.: WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn fordert die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages als wirtschaftsbelebende Maßnahme!

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostiziert für 2009 ein Wirtschaftswachstum von nur 0,9 Prozent. Für Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW) geht es jetzt vor allem darum, so rasch als möglich wirtschaftsbelebende Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung des Investitionsfreibetrages (IFB), umzusetzen:

„Eine schnelllebige Zeit erfordert, dass die Unternehmensstruktur ständig angepasst wird, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Investitionen in neue Technologien und Maschinenparks sind unumgänglich. Der IFB ist hier eine wesentliche Stütze für die Wirtschaftstreiber.“

Krenn sieht vor allem Wirtschaftsminister Bartenstein gefordert: „Erst vor kurzem kündigte Bartenstein an, bei einem Wirtschaftswachstum 2009 unter einem Prozent konkrete Maßnahmen, in Form eines Konjunkturpaketes, zu setzen, was so schnell als möglich zu geschehen hat. Bei einer derartigen Prognose müssen

längst die wirtschaftlichen Alarmglocken läuten.“

Das vom RFW geforderte Wirtschaftspaket muss zusätzlich zur Steuerreform geschnürt und im Nationalrat verabschiedet werden: „Ich bin, so wie Bartenstein, gegen Husch-Pfusch-Verfahren, in denen Gesetze nicht begutachtet, nicht in Ausschüssen behandelt und ohne finanzielle Bedeckungsvorschläge beschlossen werden.“



Es ist aber von äußerster Dringlichkeit, dass effiziente Maßnahmen, wie die Begünstigung von Investitionen, Forschungsförderungen oder eine Internationalisierungsoffensive, so schnell als möglich umgesetzt werden, nämlich als stattliche Vorleistung in eine anzustrebende neuerliche Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft“, fordert Krenn die Verantwortlichen auf, zu handeln.

OTS-Meldung, 3.10.2008

RFW fordert Steuerreform schon 2009!

Utl.: WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn: Abschaffung der kalten Progression und Stärkung der Kaufkraft dringend notwendig!

„Wir vom Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) fordern schon 2009 eine Steuerreform, um die Konjunktur nachhaltig zu stützen“, stellt Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des RFW eine erste Forderung an die zukünftigen Regierungsparteien. „Denn nur eine Steuerreform, die die kalte Progression abschafft, stärkt die Kaufkraft und damit auch die heimischen Wirtschaftstreibenden.“

Die kalte Progression entsteht durch Nichtanpassung der Steuergrenzen an die Inflation. Dadurch fallen Steuerzahler selbst dann in höhere Steuerstufen, wenn ihr Einkommen real gleich bleibt. „Die automatische Anpassung der Steuerstufen an die Inflation ist deshalb unumgänglich, damit Lohnerhöhungen, die die Betriebe zu leisten haben, nicht dem Finanzminister in den Säckel gespült werden, sondern in die Taschen der Dienstnehmer kommen“, so Krenn.

Weiters steht für WKÖ-Vizepräsident Krenn die jahrelang geforderte Staats- und Verwaltungsreform ganz oben auf der Forderungsliste des RFW: „Die Kosten der Unternehmer aufgrund staatlicher Informationsver-

pflichtungen belaufen sich mittlerweile auf über 8 Milliarden Euro jährlich.

Dieser tägliche Bürokratiewahn verursacht beispielsweise bei Kleinbetrieben (bis 10 Mitarbeitern) Kosten von 3.750,-- Euro pro Mitarbeiter und Jahr. Bürokratie kostet in jedem dritten Betrieb auch neue Jobs, da laut aktuellen Umfragen 38 Prozent der Kleinunternehmer mehr Personal einstellen würden, wenn die Bürokratieschraube gelockert wird.“

Überdies fordert WKÖ-Vizepräsident Krenn die rasche Bildung einer stabilen Regierung, in welcher Farbkonstellation auch immer: „Das ist für die Bevölkerung und die heimischen Unternehmer das Gebot der Stunde. Denn jeder verlorene Tag bedeutet vergeudete Zeit, in der die Regierungsverantwortlichen, wie immer sie auch heißen mögen, schon längst wieder für Österreich arbeiten könnten.“

OTS-Meldung, 3.10.2008

**RFW-Niederösterreich: Wirtschaftskammer nicht Privateigentum des Wirtschaftsbundes!**

Utl.: LO KommR Walter Fischer: Meine Kammer - dieses Motto nimmt Zwazl wohl wortwörtlich

„Meine Kammer - das Leitwort der vergangenen Wirtschaftskammerwahl in Niederösterreich, nimmt Präsidentin Zwazl wohl zu wörtlich“, empört sich der Landeschef des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Niederösterreich (RFW-NÖ), KommR Walter Fischer, über einen Sager der Kammerpräsidentin beim Unternehmerinnenforum in Grafenegg. Dort hatte die Präsidentin der Wirtschaftskammer Niederösterreich (WK-NÖ) am Schluss ihrer Rede folgendes festgestellt: „Wir müssen rennen, damit es uns nicht so geht wie letzten Sonntag.“ Für Fischer ein weiterer eindeutiger Hinweis, dass die Kammerorganisation vom Wirtschaftsbund (WB) als verlängerter Arm schamlos missbraucht wird.

Elisabeth Ortner, Organisationsreferentin des RFW-NÖ, beim Unternehmerinnenforum der WK-NÖ eine der „Nicht-Wirtschaftsbündlerinnen“, kann diese Aussage kaum fassen: „Dass die Organisation `Frau in der Wirtschaft´ eine Spielwiese des WBs innerhalb der

Kammer ist, war uns bewusst. Das konnten wir noch hinnehmen, da immer wieder gute Ideen von dieser Seite zu erwarten waren.

Dass die Frau Zwazl jetzt aber glaubt, sie sei die Alleinherrscherin über die gesamte Kammer, das darf nicht sein. Weder die Kammer noch deren Angestellte sind ihr Privateigentum, noch das vom WB“, findet Ortner klare Worte zum Vorfall beim Unternehmerinnenforum am 1. Oktober. „Eines sollte die Frau Präsidenten bei aller Wahlkampfeuphorie jedoch nicht vergessen: in Anbetracht der Masse der Nichtwähler, knapp 50 Prozent, scheint für viele Unternehmer der WB auch nicht das Gelbe vom Ei zu sein.“

RFW-Niederösterreich, 6.10.2008



RFW-Oberösterreich: Ungehindert geht die Flut an neuen Gesetzen und Verordnungen weiter!

Utl.: LO Ing. Wolfgang Klinger: Der Gesetzesflut ist ein Riegel vorzuschieben!

Offenbar ungehindert gehe die Flut an neuen Gesetzen und Verordnungen weiter, kritisierte der Landesobmann des Rings Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) Oberösterreich, Bgm. Wolfgang Klinger.

Mehrere tausend neue Vorschriften pro Jahr, die von Unternehmern beachtet werden müssen, seien einfach nicht mehr bewältigbar. Dazu komme, dass kaum mehr Rechtssicherheit bestehe, da bereits geltende Gesetze ständig novelliert bzw. verändert oder ergänzt würden.

Beispiel Sozialversicherung: Als konkretes Beispiel nennt Klinger das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG), das bis dato nicht weniger als 69mal novelliert worden sei und weit über 600 Paragraphen umfasse.

Allein das seit 1. Juli 2008 gültige neue Beitragsgruppenschema sei 120 Seiten stark und nur mehr für Eingeweihte zu verstehen. Kein Wunder, dass die Gebiets-

krankenkasse jedes Jahr noch umfangreichere sogenannte "Arbeitsbehelfe" zur Verfügung stellt, um sich im Vorschriftenschwung zu rechtzufinden. Hatte der Behelf 2007 noch 103 enggedruckte Seiten, sind es 2008 schon 110.

Gesetzgeber muß zum Bürokratieabbau beitragen: In erster Linie müssen daher diejenigen, die für die Beschlussfassung von Gesetzen, Verordnungen, Erlässen usw. zuständig sind, in die Verantwortung genommen werden. Klinger: "Jeder, aber insbesondere die Regierung, Parlament und Landtage, hat zum Bürokratieabbau beizutragen. Es muß eine Durchforstung des gesamten Systems geben!"



RFW-OÖ, September 2008

RFW-Salzburg: Industrieschließungen zeigen dringenden Handlungsbedarf im Arbeits- und Sozialrecht!

Utl.: LO KommR Helmut Haigermoser: Die Zeit der oppositionellen Primitivargumente und großkoalitionären Stehsätze ist vorbei!

Die ersten politischen Reaktionen auf die angekündigte Schließung von Johnson & Johnson ließen nicht darauf schließen, dass das jüngste Wahlergebnis als Auftrag zur Verbesserung nachhaltiger Rahmenbedingungen gewertet werde, so der Landesobmann des RFW-Salzburg, KommR Helmut Haigermoser, in seiner Stellungnahme.

Haigermoser dazu: "Als erstes wurden internationale Firmen hereingeholt, da diese mit der Masse Arbeitsplätze schaffen konnten. Die heimische Politik wurde aber dieser erfreulichen Entwicklung mit ihrer Standortpolitik kaum bis gar nicht gerecht. Die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen bleibt man bis dato diesen industriellen Betrieben schuldig.

Ungeachtet der Börsenentwicklungen hat das Nichtstun der Politik sehr wohl einen strategischen Einfluss genommen: Die Global Player, wie M-Real und Johnson & Johnson verdeutlichen, dass sie nicht zögern und schon gar nicht auf unseren Standort angewiesen sind. Heimische Betriebe müssen aber selbst für die erforderlichen Begleitmaßnahmen sorgen.

Dass die internationalen Banken und Versicherungen

mit ihren Verflechtungen ein gesetzlich gedecktes "Pyramidenspiel" an den Börsen betreiben, kann nur zum Appell an die Politik führen, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die so etwas nicht ermöglichen. Folglich gelte aber auch, dass die Politik Bedingungen schaffen kann, die Standortqualität zu optimieren, damit ansässige Betriebe dem internationalen Wettbewerb standhalten können.



Wie wir leider in diesen Tagen mit ansehen müssen, gibt es auch noch andere Entscheidungsträger, die an der Beibehaltung der zu hohen Lohnnebenkosten kein maßgebliches Interesse hegen. Diese heikle Thematik bedarf vielmehr tief greifender Reformen im Bereich der Lohnnebenkostensenkung, der Arbeitszeitflexibilisierung, steuerlich begünstigter Mitarbeiterbeteiligungsmodelle und Infrastrukturmaßnahmen. Wir appellieren an die Landesregierung und an die Bundesregierung, endlich tätig zu werden!

RFW-Salzburg, 1.10.2008

RFW-Steiermark: Neue Regierung muss KMUs entlasten!

Utl.: LO Dr. Erich Schoklitsch stellt das Maßnahmenpaket des RFW-Steiermark vor!

Die Bedeutung der kleineren und mittleren Unternehmen für die Wirtschaft in der Steiermark ist enorm. Die Politik muss diese Unternehmen unterstützen. Das Maßnahmenpaket des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber wäre eine echte Hilfe für die Betriebe:

- ❑ Nachdem eine Steuerreform für 2009 aufgrund der Versäumnisse nicht mehr als realistisch erscheint - als Einmalmaßnahme statt einer "normalen" Lohnerhöhung einen halben Monatslohn steuer- und abgabenfrei aliquot aufgeteilt auf die Quartale. Das entspricht einer Lohnerhöhung von 4,17%, die ohne Abzug den Arbeitnehmern zugute kommt.
- ❑ Die Sechstelbegünstigung soll wie für Arbeitnehmer auch für Selbständige gelten.
- ❑ Volle Vorsteuerabzugsberechtigung für betrieblich genutzte PKW - eine alte Forderung des RFW.
- ❑ Einführung einer Investitionsbegünstigung
- ❑ Anhebung der Grenze für die sofortige Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf € 1.000,--

- ❑ Abschaffung von Bagatellsteuern - wie der Kreditvertragsgebühr oder der Werbeabgabe.
- ❑ Abschaffung der Pflichtveröffentlichung durch Eintragung in der "Wiener Zeitung", ein Relikt aus vergangenen Tagen, mit der diese Zeitung am Leben erhalten wird.
- ❑ Eine umfassende Verwaltungsreform, mit der viel Geld eingespart werden könnte.
- ❑ Eine Lohnnebenkostensenkung - Senkung des IESG-Beitrages, Senkung des AUVA-Beitrages.
- ❑ Keine neuen Steuern - wie bereits angedacht z.B. Vermögenszuwachssteuer



Der RFW-Steiermark wird mit aller Kraft als der Vertreter der EPU's und KMUs versuchen diese Forderungen auch umzusetzen.

RFW-Steiermark, Oktober 2008

RFW-Messeempfang anlässlich der Grazer Herbstmesse

Utl.: Der RFW-Steiermark erhofft sich von der nächsten Regierung wieder mehr Unternehmergeist!



Besonders gut besucht war der traditionelle Messeempfang anlässlich der Grazer Herbstmesse am 29. September 2008. LO Dr. Erich Schoklitsch konnte zahlreiche Gäste, Vorstandsmitglieder und Ehrengäste - unter anderem den Vizepräsidenten der WKÖ Bgm. Matthias Krenn und FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Erich Kurzmanm begrüßen.

RFW-Tirol: Wahltag war Zahntag!

Utl.: RFW-Tirol will die KMUs und die Familienbetriebe zukünftig entlastet wissen!

Der RFW Tirol fordert von allen Regierungsparteien das Versprechen ein, sich verstärkt um die Klein- und Mittelbetriebe zu kümmern. Steuerliche und bürokratische Belastungen sind auf ein vetretbares Minimum zu reduzieren.

Nicht nur Großkonzerne mit ihren Auslandstöchtern sollen zu den Gewinnern zählen - NEIN, die Familienbetriebe müssen die Gewinner sein, denn diese sind immer noch die Garanten der heimischen Identität," sieht RFW-Tirol Obmann KommR Winfried Vescoli.

Die Reformansätze der zur Nationalratswahl angetre-

nen Parteien zeigen immer noch nicht in die richtige Richtung.

"Gerade das bis ins kleinste Detail ausgetüftelte Wirtschaftsprogramm des RFW müsste vollinhaltlich in das kommende Regierungsprogramm übernommen werden!" so LO KommR Winfried Vescoli.



RFW-Tirol, Oktober 2008

Personelles: Verleihung des Kommerzialratstitels an Bundesvorstandsmitglied Ulf Schmid, RFW-Tirol

Am 22. September 2008 fand die feierliche Überreichung des Dekrets im Bundeskanzleramt statt.

Der RFW-Tirol, und allen voran sein Landesobmann KommR Winfried Vescoli, gratulieren Ulf Schmid zum Erhalt des Kommerzialrat-Titels: "Ulf Schmid, unser Jung-Kommerzialrat, ist ein Tiroler Paradeunternehmer, der sich innerhalb des RFW und auch in der Wirtschaftskammer für die Anliegen und Sorgen seiner Mitstreiter vehement einsetzt. Wir sind sehr stolz darüber, dass der Berufstitel Kommerzialrat jetzt auch an unseren Kollegen Schmid verliehen wurde."

Bundeskanzler Gusenbauer persönlich überreichte Ulf Schmid, Spartenvertreter im WKÖ- und WK-Tirol Wirtschaftsparlament, Mitglied der Spartenkonferenz Transport und Verkehr und Ausschussmitglied bei den Güterbeförderern, die Auszeichnung.



Auch BO KommR Ing. Fritz Amann und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn gratulieren im Namen des gesamten Bundesvorstandes und der Bundesgeschäftsstelle.

Terminavisos: Landestag des RFW-Tirol am 7. November 2008

Der RFW-Tirol lädt zum ordentlichen Landestag

Datum: Freitag, 7. November 2008

Uhrzeit: 18:00 Uhr

Ort: Austria Trend Hotel - Congress Saal Tyrol II
Rennweg 12A, 6020 Innsbruck

Rückblick: Halbmarathon "Kärnten läuft" - August 2008



RFW-Vorarlberg: Wohnen muss leistbar bleiben!

Utl.: LO KommR Edi Fischer: Das Bekenntnis zu den Kyoto-Zielen macht durchaus Sinn, aber die Umsetzung bedarf einer stetigen Evaluierung!

Im Sinne der Zukunft unserer Generationen halte ich den Klimaschutz für wichtig und richtig. Das Bekenntnis zu den Kyoto-Zielen macht durchaus Sinn, wobei die Umsetzung in einzelnen Sachbereichen aufgrund praktischer Erfahrungen einer stetigen Evaluierung bedarf.

Vorarlberg war in Sachen Energieeffizienz gerade im Bereich des Wohnbaus immer ein Vorreiter bzw. Vorbild für alle anderen Bundesländer. Aus dieser Motivation heraus hat man sich bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in Sachen Klimaschutz sehr engagiert und eine Bautechnikverordnung geschaffen, die in Sachen Energieausweis aber auch Revitalisierung höchste Anforderungen an die Bauherren stellt.

Ich will nicht behaupten, dass man völlig über das Ziel hinausgeschossen hat, aber die Praxis und Zahlen machen deutlich, dass die theoretischen Vorgaben oft nicht das gewünschte Ziel erreichen. Hier braucht es meiner Meinung nach eine praxisorientierte Anpassung an die reale Wirtschaftssituation, denn wir wollen schließlich im Sinne des Klimaschutzes etwas erreichen.

Ziel muss es sein, die Ressourcen Energie und Wohnbedarf optimal zu nutzen, damit sie auch für die Bevölkerung weiter leistbar sind. Daher darf die Frage der

Energieoptimierung nicht ein Monopol des Energieinstitutes bleiben. Hier braucht es ein Miteinander von Bauwirtschaft, Architekten, Energieexperten sowie Vertreter im Bereich der neuen Energien, denn allein über die Wohnbauförderung lassen sich die Vorgaben in Sachen Energieverbrauch nicht mehr steuern.



Der massive Rückgang im Bereich der Neubauten aber auch der Altbausanierung zeigen deutlich auf, dass seitens der verantwortlichen Politik schnell reagiert bzw. repariert werden muss. Dies darf aber nicht einseitig erfolgen. Neben dem sorgsamem Umgang mit Energie muss auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung berücksichtigt werden. Diese hat unvoreingenommen zu erfolgen und liegt für mich außerhalb des Energieinstitutes. Statt der Monopolstellung brauchen wir einen praxisorientierten Gegenpart, der im Sinne des Gemeinwohls einen umsetzbaren Konsens findet, denn die Menschen brauchen auch in Zukunft einen leistbaren Wohnraum.

RFW-Vorarlberg, Oktober 2008

RFW-Wien: Einlagensicherung auch für Unternehmer nachbessern!

Utl: LO KommR Karl Ramharter: Schlechterstellung der KMU muss korrigiert werden!

"Seit Wochen ist die Sicherheit von Spareinlagen für ganz Österreich ein Thema. Seitens der Politik wird immer darauf hingewiesen, wie sicher die Spareinlagen bei Österreichs Banken sind", stellt Karl Ramharter, Vizepräsident der Wiener Wirtschaftskammer, zu den laufenden Diskussionen fest. "Was jedoch bis heute nicht thematisiert wurde, ist die Schlechterstellung bei der Einlagensicherung für Unternehmer".

Gerade die KMU sind durch die BASEL II Regelungen gezwungen worden, ihre Betriebsmittelkredite zu besichern. Oft wird dazu ein Sparbuch verwendet. Und diese Spareinlagen der Unternehmer sind deutlich schlechter abgesichert, als jene von privaten Sparern. Im Falle des Falles wird die Bank das Sparbuch wohl eher der Firma zuschreiben, als dem Privatbesitz. Daher gehören auch für KMU klare und transparente Regeln für die

Einlagensicherung geschaffen.

"BASEL II hat für Unternehmer bis dato ohnehin nur Nachteile gebracht. Die Finanzierung für KMU wurde bis dato und wird auch in der Zukunft schwerer", so Ramharter weiter.



"Da wäre es zumindest fair und auch ein deutliches Zeichen für den Wirtschaftsstandort Österreich, wenn die Benachteiligung bei der Einlagensicherung für Unternehmer abgeschafft wird", schloß Ramharter.

OTS-Meldung, 6. 10.2008

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!

Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?

Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16